Bezugsgebühr. Vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.70.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 p. Werm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags p. Werm. 11–½1 Uhr Mitt. Im Neustadt: Gr. Klostergs. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; Doppelzeile unterm Strich (Straßenbau) 40 Pfg. Grundzeile für Sonntage oder nach Festtagen 20 Pfg. (für Familiennachrichten 2c.), bei 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen auch sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897

Federleicht
Anzüge, Beinkleider, Saccos, Joppen.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Simon's Annen-Hof
Dresden (im Centrum der Stadt).
Vorzügliches Mittelstands-Hôtel für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Mässige Preise.
Gutes Restaurant Bürgerl. Pilsner.

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz 6 Altmarkt 6
Hoflieferant Gegründet 1843
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Baby-Ausstattungen von 15 Mark an.
Hermann Arndt
Bautznerstrasse 53.
— Catalog bereitwilligst. —

Lager-Tapeten
weit unter den sonst üblichen Verkaufspreisen geben jederzeit ab
Tapetenhaus F. Schade & Co. Victoriastr. 2

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3 (Hofgebäude).

Nr. 153. Spiegel: Hetzereien der „Köln. Ztg.". Hofnachrichten. Staatsbahnen. Oskar Köhler †. Bürgerhospital. Volksbad. Eisenberg-Moritzburg. Gerichtsverhandlungen. „Freiwild". „Was lehrte Jesus". | Muthmaßliche Witterung: Heiter, warm. | **Donnerstag, 3. Juni.**

Für die Bade- und Reisesaison.

Die geehrten **Leser** der „Dresdner Nachrichten" in **Dresden**, welche unser Blatt durch die **hiesige Geschäftsstelle** beziehen und dasselbe nach den **Sommer-Aufenthaltsorten** nachgesendet zu haben wünschen, wollen der unterzeichneten Geschäftsstelle darüber Mittheilung zugehen lassen behufs **Ueberweisung** bez. Zustellung durch die Kaiserliche Post. Dem Ueberweisungsantrage ist deutliche Namens-, Orts- und Wohnungsangabe beizufügen, auch ist die erforderliche Ueberweisungsgebühr (im ersten Monat des Vierteljahres 60 Pfg., im zweiten Monat 40 Pfg. und im dritten Monat 20 Pfg.) nebst etwa noch zu entrichtender Bezugsgebühr **vor der Abreise** an uns einzuschicken. Die werthen **auswärtigen Bezieher** (Post-Abonnenten) dagegen wollen sich in gleicher Angelegenheit nur an das **Postamt ihres Wohnortes** wenden, bei welchem ihr laufendes Abonnement erfolgt ist. Ueberweisungen innerhalb des deutschen Reichsgebietes werden seitens der Postämter gegen eine Gebühr von 50 Pfg., im Verkehr mit Oesterreich und fremden Ländern gegen eine solche von 1 Mark ausgeführt.

Für die auf Reisen befindlichen Leser unseres Blattes, welche ihren Aufenthalt und somit ihre Adresse häufig wechseln, bringen wir unser **Reise-Abonnement** in geneigte Erinnerung, durch welches ihnen nach jedem Aufenthaltsort unser Blatt alltäglich von unserer Geschäftsstelle direct durch Kreuzband (bis 50 gr Gewicht = ca. 3 Bogen) bis in die Wohnung zugestellt wird. Der Bezugspreis eines Reise-Abonnements (einschl. der Versendungsgebühr) beträgt **monatlich** 2 Mark 40 Pfg. bei Sendungen im Deutschen Reich mit Einschluß sämmtlicher **Bade- und Kurorte Oesterreichs**; 3 Mk. nach den Ländern im Weltpostverein.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".

Politisches.

Die Nationalliberalen sind zumeist besser als ihre Presse und es kann daher nicht sonderlich auffallen, daß in wichtigen politischen Fragen zwischen den Auslassungen der nationalliberalen Führer und den Kundgebungen der Parteiorgane nicht selten erhebliche Unterschiede in prinzipieller und formeller Beziehung zu Tage treten. Die hetzerische Tonart, die besonders in den nach links gerichteten nationalliberalen Blättern mit Vorliebe gegen die Konservativen angeschlagen wird, ist von den parlamentarischen Vertretern der Partei im Reichstage und in den Einzellandtagen wohl niemals beliebt worden, schon um deswillen nicht, weil innerhalb der maßgebenden nationalliberalen Kreise die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit eines engeren Zusammengehens mit den rechtsstehenden staatserhaltenden Parteien weit mehr verbreitet ist als in der nationalliberalen Presse. In dem wüsten Entrüstungstrommel, der aus Anlaß der preußischen Vereinsgesetznovelle inszenirt worden ist, waren die lautesten Schreier und Raddanmacher nationalliberale Blätter, die mit den Organen der demokratischen Demagogie in Ausdrücken des Abscheus über Reaktion und Junkerthum, über Konflikts- und Staatsstreichs-Gelüste und mit Phrasen erfolgreich konkurrirten, durch die dem liberalen Spießbürger das politische Gruseln beigebracht wird.

Wie immer schreitet die „Kölnische Ztg.", die noch heute als das hervorragendste Blatt des Nationalliberalismus angesehen wird, ihren gesinnungsverwandten Fraktionsschwestern um einige Nasenlängen voran, sobald es gilt, sich durch den Mangel aller derjenigen Eigenschaften hervorzuthun, die vorhanden sein müssen, wenn ein Blatt mit nationaler staatserhaltender Tendenz den Anspruch auf Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und Folgerichtigkeit in der Beurtheilung der schwebenden politischen Fragen erheben will. Die „Köln. Ztg." ist das Musterexemplar eines nationalliberalen Blattes, wie es nicht sein soll. Heute vertritt sie den nationalen Gedanken dergestalt, daß jedes Liebäugeln mit den Tendenzen des extremen Liberalismus ausgeschlossen scheint, morgen ist sie liberal im Sinne des ödesten Manchesterthums, das für die Bethätigung wahrhaft nationaler Gesinnung keinen Raum läßt. Bald fordert sie die Bekämpfung der Sozialdemokratie mit allen staatlichen Macht- und Gewaltmitteln und vertritt dabei die Anschauungen des Freiherrn v. Stumm; bald sucht sie das unaufhörliche Verlangen nach verstärkten Abwehrmaßregeln gegenüber der sozialrevolutionären Strömung als die gefährlichste Umsturzbewegung zu brandmarken. Zu einem offiziösen Handlangerthum, das sich am liebsten dem hinglebt, der in der Stufenleiter der Macht und des Ansehens augenblicklich am höchsten steht, ist sie in schamloser Weise stets bereit und gleichzeitig geberdet sie sich als die unabhängige stolze Vorkämpferin der Gesinnungen und Interessen des gebildeten Bürgerthums und sieht es als ihr gutes Recht an, in pflichtgemäßer Ausübung der freien Meinungsäußerung sachliche Bedenken gegen die leitenden Männer und die Regierungspolitik geltend zu machen. Auf der einen Seite lehnt sie voll biedermännischer Entrüstung die Zumuthung ab, das Banner, das ihr bisher vorangeleuchtet hat, einem äußerlichen Wechsel zu Liebe zu senken und Ideen zu vertreten, welche sie bis dahin als verderblich bekämpft hatte; auf der anderen Seite hat sie dieses Banner bereits gesenkt und ist geflissentlich an der Arbeit, es eigenhändig durch den Schmutz zu ziehen. Je nach Bedürfniß bringt sie Artikel gegen den Byzantinismus und Servilismus oder Lobeshymnen auf den jeweiligen Kurs und die Machthaber, die gerade am Ruder sind. Heute feiert sie Bismarck nach Gebühr als nationalen Heros, morgen hat sie alle Bewunderung für den Begründer des Deutschen Reiches vergessen, um ihn zu verunglimpfen in einer Art, die ihres Gleichen sucht. Je nachdem der Wind hoch oben weht, wird in Bismarckbegeisterung oder in Bismarckhetze gearbeitet. Wenn von einer anderen Seite gewagt wird, an der Regierungspolitik Kritik zu üben und die Zerfahrenheit und Unzulänglichkeit der obwaltenden Regierungsweise zu beleuchten, so wird dies als ungerechtfertigt zurückgewiesen und als eine Nörgelei an den Pranger gestellt; aber sie selbst zieht gegen einzelne Vertreter der Regierung, die nicht im liberalen Fahrwasser segeln wollen, zu Felde, sprengt Krisengerüchte aus und veröffentlicht intrigante Artikel, die geeignet sind, Verwirrung anzurichten, wie es bei jenem Artikel der Fall war, der den Anlaß zu dem Sturze des Grafen Caprivi gegeben hat, obwohl nicht dieser, sondern sein angeblicher Gegner, der damalige Minister des Innern, Graf Eulenburg, gestürzt werden sollte.

Zur Frage der Vereinsgesetznovelle hat soeben die „Köln. Ztg." unter der Ueberschrift „Die Angst vor der Sozialdemokratie als politisches Machtmittel" einen Artikel gebracht, der ihr gemeingefährliches Treiben in dem angedeuteten Sinne erkennen läßt. Es heißt darin u. A.: „So hat denn die Vereinsgesetznovelle wieder einmal gezeigt, daß es etwas Schlimmeres giebt als die Sozialdemokratie, und das ist die Angst vor der Sozialdemokratie. Die unrichtige Beurtheilung der Sozialdemokratie, die Wahnvorstellung, daß wir einem Pöbelaufstand entgegentrieben, ist um so gefährlicher, als sie immer wieder von machthungrigen Intriganten ausgebeutet wird. Es war deshalb bezeichnend, daß das Junkerthum, das doch wenig Gelegenheit hat, mit sozialdemokratisch verhetzten Massen in Berührung zu kommen, am ängstlichsten nach Abwehrmitteln schrie, während die Vertreter der Industrie, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, sich für einen Schutz bedanken, der unter unseren heutigen Verhältnissen mehr schadet, als er unter besonderen Umständen nützen könnte." Das Gegentheil hiervon hat am Montag im preußischen Abgeordnetenhaus der nationalliberale Abg. Hobrecht gesagt, indem er erklärte, in seiner Partei seien Viele zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Sozialdemokratie gegenüber ein verstärkter staatlicher Schutz nothwendig sei. Die „Köln. Ztg." meint in dem Artikel, daß selbst die schönsten Hetzphrasen schließlich schäbig werden; aber das gilt vor Allem von den abgedroschenen Wendungen, durch die die „Köln. Ztg." das „machthungrige Junkerthum" nach oben hin zu denunciren sucht. Weiter schreibt das rheinische Blatt: „Wir leben in ganz unberechenbaren Verhältnissen; Niemand vermag anzugeben, wer in der nächsten Woche an der Spitze der Geschäfte stehen wird; und das Dauernde in der Erscheinungen Flucht ist doch wohl das, daß geistig hervorragende und charaktervolle Männer, die von dem Vertrauen der Nation getragen werden, es schwer finden, sich zu behaupten, während schmiegsame Streber und herzlich unbedeutende Junker, die durch Sirius-fernen von dem geistigen Leben unseres Volkes getrennt sind, krampfhafte Anstrengungen machen, um an die Oberfläche zu kommen. Und aus manchen Zeichen kann man herauslesen, daß der Zeiten Gunst den Dutzendmenschen winkt, die sich nicht durch geistige Ueberlegenheit überlästig machen und das gesteigerte Selbstgefühl des blauen Blutes mit halb schneidigen, halb salopyen Allüren zu verbinden wissen." Als Fürst Bismarck einst das System des Caprivismus scharf kritisirte, da bemerkte die „Köln. Ztg.", daß der Einsiedler von Friedrichsruh nörgelnd und polternd hinter dem Staatswagen herlaufe; aber das hindert sie nicht, daß sie jetzt selbst gegen die Regierung in einer Weise Front macht, die nicht mehr berechtigte Kritik, wie es die von Bismarck geübte war, sondern gemeine Hetzerei ist. Die „Köln. Ztg." spricht von unfaßbaren Potenzen und verworrenen Zuständen, in denen Niemand weiß, wer Koch, wer Kellner ist. Am 16. Februar d. J. veröffentlichte sie zur goldenen Hochzeit des gegenwärtigen Reichskanzlers einen überschwenglichen Artikel, worin u. A. geschrieben stand: „In den leitenden Gesichtspunkten giebt Fürst Hohenlohe stets den Ausschlag ... die Lösung der großen leitenden Fragen setzt er stets nach seinen Ueberzeugungen durch ... mit ruhiger Hand, mit vornehmer Zurückhaltung und mit festem Ziel steuert er das Staatsschiff." Wie paßt das auf die „verworrenen Zustände, in denen Niemand weiß, wer Koch, wer Kellner ist"? Eugen Richter hat Recht, wenn er sagt: Die „Köln. Ztg." hat nun einmal den Beruf, jeden Reichskanzler, so lange er im Amt ist, möglichst zu schützen, mag es nun Fürst Bismarck, Graf Caprivi oder Fürst Hohenlohe sein oder wer sonst noch nach diesen kommt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 2. Juni.

* **Madrid.** Der Ministerpräsident Canovas überreichte angesichts der schwierigen Verhältnisse in den Kammern der Regentin die Demission des Ministeriums. Die Entscheidung der Regentin wird in der morgenden Konseilsitzung erwartet.

* **Konstantinopel.** Morgen findet auf der Pforte die erste Sitzung, in welcher über den Friedensschluß verhandelt werden soll, statt. Der Minister des Aeußeren und die Botschafter nehmen an der Sitzung theil. Es wird gehofft, man werde zu einer raschen Verständigung und zum Abschluß der Verhandlungen kommen.

Berlin. Prozeß Tausch (8. Tag.) Die Zeugenvernehmung wird fortgesetzt. Der erste Zeuge ist der Redakteur der „Staatsbürgerzeitung" Berger, welcher bekundet, in journalistischen Kreisen sei schon vor dem Prozeß Leckert-Lützow verbreitet gewesen, ein höherer Polizeibeamter, und zwar v. Tausch, werde „fliegen". Zeuge verneint die Frage des Präsidenten, ob der Angeklagte jemals es versucht habe, der „Staatsbürgerztg." politische Informationen zu übermitteln. Als weiterer Zeuge wird vernommen Dr. Grütteffien, Redakteur des „Berl. Tgbl.". Er bestätigt, daß Levysohn am 21. Oktober im Nebenzimmer der Redaktion eine Unterhaltung mit v. Tausch gehabt habe; als dieser sich entfernte, habe Dr. Levysohn dem Zeugen im Vorübergehen mitgetheilt, daß Tausch dagewesen sei. Tausch habe, wie Dr. Levysohn weiter mitgetheilt habe, sich bemüht, den v. Lützow weiß zu waschen und Leckert als Hauptschuldigen hinzustellen. Präs.: In der Vorvernehmung hat der Zeuge behauptet, daß Dr. Levysohn's Aeußerung dahinging: Leckert sollte doch im Auswärtigen Amte empfangen werden. Zeuge: Ich kann nicht mehr sagen, ob das Wort „doch" gebraucht worden ist, ich habe den Eindruck gehabt, daß Dr. Levysohn nicht blos seine eigene Schlußfolgerung andeuten wollte, sondern in indirekter Weise wiedergeben, was er in direkter Rede gehört hat. Präs.: Der Zeuge kann nicht mehr eine genaue Wiedergabe der Worte des Dr. Levysohn bringen, wir haben nun hier, wo der Angeklagte unter der schweren Anklage des Meineids steht, natürlich die Pflicht, auf das Minutiöseste zu prüfen, inwieweit er seine Eidespflicht verletzt hat. Der nächste Zeuge ist Schriftsteller Hans Kraemer. Seine Vernehmung nimmt einen breiten Raum der heutigen Verhandlung ein. Der Zeuge bekundet: Ich muß vorausschicken und das sehr lebhaft betonen, daß ich freiwillig hier nicht als Zeuge gegen den Angeklagten v. Tausch erscheine, sondern daß das die Folge eines Gesprächs ist, das ich in einem Privatkreise von 4 oder 5 Personen gehabt habe und das, wie ich annehme, durch Denunziation der Staatsanwaltschaft bekannt geworden ist. v. Tausch besuchte mich eines Tages und fragte mich, ob ich geneigt wäre, eine Anfrage, die er an mich richten wolle, zu beantworten. Ich sagte: Ja, soweit ich kann und so weit es sich mit meiner Ehre verträgt. Zeuge schildert dann weiter, wie bekannt geworden wäre, daß Graf Henckel v. Donnersmarck die „Zukunft" ankaufen wolle, worüber sich der Kaiser gewundert haben soll. Weiterhin bekundet der Zeuge, er gebe gern zu, daß er das Gespräch auf den Gesundheitszustand des Kaisers gebracht habe. Da sagte mir v. Tausch: Der Gesundheitszustand des Kaisers ist allerdings ein sehr ungünstiger, wenn es auch abgeleugnet wird. Es ist zweifellos, daß der Kaiser ernstlich erkrankt ist und sich in Abazzia einer Ohren-Operation durch Geh. Rath v. Bergmann unterziehen müsse. Er drückte sich dabei ganz bestimmt aus, er nahm sogar ein Blatt Papier und zeichnete mir eine Stelle auf, wo am Ohre des Kaisers sich angeblich ein Eiterherd gebildet haben sollte. Wenn v. Tausch behauptet, daß nicht er mir, sondern ich ihm Mittheilungen dieser Art gemacht habe, so ist das von vornherein unwahrscheinlich. Präs.: Sie müssen die Situation v. Tausch's berücksichtigen. Er stand damals, als er das von Ihnen sagte, unter der Anklage des Meineids und vertheidigte sich vielleicht nur ungeschickt. Der Zeuge erklärt weiter, er hatte nicht die Empfindung, daß Tausch zu ihm gekommen sei, um ihm Etwas aufzuhängen. In weiten Kreisen war der Glaube verbreitet, daß der Kaiser krank sei, und ich war mehrfach von meinen Zeitungslesern aufgefordert worden, über den Gesundheitszustand des Kaisers Etwas zu bringen. Oberstaatsanwalt: Die Aussage dieses Zeugen ist insofern von Wichtigkeit, als daraus entnommen werden soll, ob es glaubwürdig ist, daß der Angeklagte v. Tausch auch seinen Agenten v. Lützow beauftragt hat, Artikel politischen Inhalts in die Presse zu bringen. Zweifellos habe v. Tausch in taktloser und unverantwortlichster Weise Bemerkungen über den Gesundheitszustand des Kaisers gemacht. Es wurden verschiedene Zwischenfragen von den einzelnen Vertheidigern gestellt, wobei u. A. Dr. Lubszynski erklärte, daß er den Zeugen Kraemer zum ersten Male sehe, daß er also von ihm keinerlei Wissenschaft bezogen haben könne. Dr. Lubszynski betont die Nothwendigkeit, daß Zeuge eingehend Alles betreffs des Gesundheitszustands des Kaisers berichtete. Er giebt anheim, die Oeffentlichkeit so lange auszuschließen. Zeuge führt weiter aus: Ich weiß nicht, wie eine Mittheilung über den Gesundheitszustand des Kaisers geeignet sein soll, das Ansehen Sr. Majestät herabzuwürdigen. Vertheidiger Dr. Schwind: Diese Erklärung genügt mir durchaus. Schließlich bekundet noch Zeuge, daß ihn sein Bruder und Redakteur Harden vor Tausch gewarnt haben mit den Worten: Hüte Dich vor Dem, der will Dich doch nur aushorchen. Uebrigens habe v. Tausch unmittelbar nachdem er aus Abazzia zurückkam, ihn aufgesucht und gesagt: Aus der Operation ist nichts geworden, die Kaiserin war dagegen. Der nächste Zeuge ist der Redakteur Dr. Plötz, welcher seine Beziehungen zu dem Angeklagten v. Lützow in derselben Weise, wie es im Vorprozeß von ihm geschehen, begründet. Es folgt dann die Vernehmung des Journalisten Dr. Liman, Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten". Die Bekundungen desselben bringen nichts Neues weiter zu Tage; er erzählt, daß Sebald gekommen sei und eine Unterredung zwischen ihm und Tausch vermittelt habe. Auf die Frage, ob Tausch erregt gewesen sei, antwortet der Zeuge: keineswegs. Er war wohl aufgeregt, aber nicht ängstlich, man konnte ihm den Ingrimm anmerken, dem er Ausdruck gab, daß er als Beamter solchen Angriffen ausgesetzt sei. v. Tausch habe sich dann in einer wenig anerkennenden Weise über die Presse ausgesprochen, worauf der Zeuge geantwortet habe, daß es doch eine große Anzahl anständiger Leute in der Presse gebe. Präsident: Haben Sie den Eindruck gehabt, als wüßte der Angeklagte, daß Sie für ihn Stimmung in der Presse machen wollten? Zeuge: Keineswegs. Angekl. v. Tausch: Ich hatte aus allen Anzeichen schon damals das Gefühl, daß eine Aktion gegen mich im Werke sei, schon der Präsident v. Windtheim und der Geh. Rath Schmuhl haben mir die Mahnung mitgegeben, mich beim Prozeß sehr in Acht zu nehmen, da Alles vom Auswärtigen Amt auszugehen und gegen mich gerichtet zu sein scheine. Die weitere Beweisaufnahme ergiebt weiter nichts Hervorragendes. Oberstaatsanwalt Drescher hält nun dem Angeklagten v. Tausch ein Aktenstück vor, aus welchem hervorgeht, daß er in dem mehrfach erwähnten Disziplinarverfahren in aller Form und protokollarisch diktirt durch den Geh. Rath Schütt eine Verwarnung erhalten habe. Nach der Mittagspause wird der Schriftsteller v. Schillbach vernommen. Er habe bei Manövern und anderen Gelegenheiten öfter mit Tausch gesprochen, dieser habe niemals in ihm den Verdacht rege gemacht, daß es ihm darauf ankomme, daß seine Mittheilungen in die Presse kommen möchten. Journalist Vandelow: Gingold Staerk, der damals Redakteur des „Berl. Tagebl." war, habe ihm einmal eine Notiz in die Feder diktirt, des Inhalts, daß die Affaire Koschemann und Genossen im Sande verlaufen müsse. Als Zeuge wird weiter vernommen Max Gingold gen. Staerk. Der Zeuge erzählt, in welcher Weise er mit Tausch bekannt geworden sei und daß er etwa zwei oder drei Artikel, zu denen er Informationen von Tausch erhalten habe, in die Presse gebracht habe. Der nächste Zeuge ist der Verlagsbuchhändler Luchhardt. Er habe Herrn v. Tausch etwa vor 8 Jahren zum ersten Male gesehen. v. Tausch sei zu ihm in einer dienstlichen Angelegenheit gekommen. Bei den eigenartigen Verhältnissen des damaligen „Deutschen Tageblattes" zur Regierung habe die „Politische Korrespondenz" mehrfach Mittheilungen von ihm erbeten und er habe sich auch an die politische Polizei in allen ähnlichen Angelegenheiten gewendet, wenn es ihm möglich erschien. Er habe mit Herrn v. Tausch im Gespräche natürlich die Politik berührt. v. Tausch habe ihm auch einmal, als sie über die allgemein politische Lage sprachen, an die Hand gegeben, „doch einmal den Frack anzuziehen und zum Minister Eulenburg zu gehen". Ganz ausgeschlossen sei es, daß der Angeklagte v. Tausch ihm Direktiven nach einer bestimmten Richtung hin gegeben habe. Der Oberstaatsanwalt fragt den Zeugen, weshalb er den Gang zum Minister gemacht habe. Zeuge erwidert, es sei dies auf eine Andeutung v. Tausch's hin geschehen, die den Ankauf des „Deutschen

Pfund's Kinder-Milch. Certificirte (Teltmilch) Trocken-Milch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bahnhofstr. 79.